

Soll und Haben

Günter R. Koch, der ehemalige Geschäftsführer in Seibersdorf, leitet seit Kurzem das Central European Institute of Technology in Schwechat. Klaus Taschwer sprach mit dem Pionier der Wissensbilanzierung über den Ist-Zustand der Forschungspolitik und die Lage der Unis.

STANDARD: Wie schätzen Sie am Beginn der neuen Legislaturperiode die forschungspolitische Situation Österreichs ein?
Koch: In den vergangenen Jahren hat es sicherlich einige Fortschritte geben: Vor allem durch die Einrichtung des Rats für Forschung- und Technologieentwicklung und die Bereitstellung entsprechender Mittel in Sachen Forschung und Entwicklung ist relativ viel bewegt worden. Zudem kam es durch die Einrichtung der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und des Austria Wirtschaftsservice (AWS) zu einer sinnvollen Bündelung der Forschungsagenden. Die Stärkung des Wissenschaftsfonds FWF wäre sicher

erreicht haben und über die nationalen Grenzen hinaus expandieren. Es könnte durchaus passieren, dass in Zukunft international gut aufgestellte Forschungsorganisationen wie eben die Fraunhofer-Gesellschaft Österreich überrollen werden.

STANDARD: Glauben Sie das wirklich?

Koch: Die Zersplitterung der angewandten Forschungsszene in Österreich ist da eindeutig ein Konkurrenznachteil und macht das Land strukturell anfällig dafür. Ich halte es durchaus für möglich, dass die Fraunhofer-Gesellschaft in zehn bis zwanzig Jahren in Österreich so präsent ist wie in Deutschland.

STANDARD: Die Regierung hat die F-&E-Agenden auf drei Ministerien verteilt. Ist das klug?

Koch: Aus der Sicht eines Forschungsmanagers würde ich sagen, dass das für die Institutionen, die Forschungsmittel beantragen, nicht unbedingt ein Nachteil sein muss. Wenn man bei einem keinen Erfolg hat, kann man immer noch zum anderen gehen. Der FWF im Infrastrukturministerium ressortiert eindeutig falsch.

STANDARD: Sie haben sich um das Rektorat der Universität Wien beworben und vergangene Woche auch Ihre Pläne präsentiert. Wie schätzen Sie die Situation der Unis ein?

Koch: Am UG 2002 kann man sicher noch nachbessern, weil die Autonomie nicht konsequent durchgezogen wurde. Achtzig Prozent der Mittel etwa der Uni Wien kommen weiterhin direkt vom Ministerium, dem die Universitäten durch Leistungsvereinbarungen eng verbunden sind. Die Kontrollmechanismen zwischen den Unis und dem Ministerium sollte man in Zukunft jedenfalls etwas großzügiger gestalten als bisher.



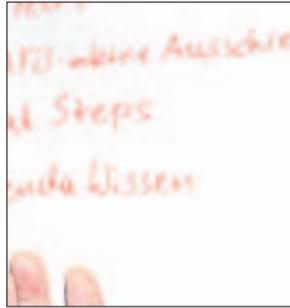
auch auf der Haben-Seite zu verbuchen ...

STANDARD: ... und auf der Soll-Seite?

Koch: ... da gibt es meiner Meinung nach strukturelle Defizite bei den Informations- und Kommunikationstechnologien und im Bereich der angewandten Forschung. Was nicht zuletzt auch mit der Krise der Austrian Research Centers Seibersdorf zusammenhängt. Grundsätzlich fehlt in Österreich halt so etwas wie die Fraunhofer-Gesellschaft in Deutschland.

STANDARD: Ist das schlimm?

Koch: Ich weiß aus Gesprächen mit den Präsidenten solcher großer Forschungsorganisationen, dass die ihre jeweiligen Wachstumsgrenzen



STANDARD: Sie haben als damaliger Geschäftsführer der Austrian Research Centers Seibersdorf in Österreich das Instrument der Wissensbilanz eingeführt, das mittlerweile auch die Universitäten und die Österreichische Akademie der Wissenschaften verwenden. Was bringt dieses Instrument?

Koch: Den Universitäten wurde das – im Gegensatz zur Akademie – ja verordnet. Und das ist immer problematisch. Außerdem gibt es da auch noch einige Missverständnisse. Die Universität Wien hat in ihrer Wissensbilanz unter dem Be-

mit großer Begeisterung gemacht. Was schade ist, weil es so kaum etwas bringt.

STANDARD: Was könnte dieses Instrument den Universitäten bringen?

Koch: Ich denke, dass Wissensbilanzen viel stärker Hilfsmittel zur Selbstcharakterisierung der jeweiligen Universität sein sollten, um die Differenzen der Universitäten zu den jeweils anderen zu beschreiben und eigene Zukunftsstrategien herauszuarbeiten. Aber gerade das wird vom Ministerium nicht gewünscht, das vergleichbare Kennzahlen haben will.

STANDARD: Einige Länder betreiben Wissensbilanzen auf nationaler Ebene. Was erwartet man sich davon?

Koch: Grundsätzlich dienen all diese Wissensbilanzen vor allem dazu, zu einer echten Bewertung von Wissen in Unternehmen und Organisationen zu kommen. Die Länder, die so etwas betreiben, haben unterschiedliche Motive. Die Dänen wollten damit ihren Firmen bei der „Demateriali-



Günter R. Koch ortet strukturelle Defizite in der angewandten IT-Forschung. Die derzeitige Krise in den Austrian Research Centers Seibersdorf würde das nachdrücklich beweisen.

Foto: Regine Hendrich

ZUR PERSON

Günter R. Koch (59) ist studierter Informatiker und einer der umtriebigen IT-Experten und Forschungsmanager nicht nur in Österreich. Der gebürtige Deutsche gründete einige Start-up-Firmen, war Professor an mehreren Unis, leitete von 1993 bis 1996 das European Software Institute in Bilbao und war von 1998 bis 2003 Geschäftsführer der Austrian Research Centers Seibersdorf. 2005 initiierte er den „New Club of Paris“ mit, einer globalen Organisation für das Lobbying von Fragen der Wissensökonomie. Seit dem Vorjahr managt Koch das Central European Institute of Technology in Schwechat. In der Vorwoche stellte er sich dem Hearing für das Rektorat der Uni Wien. (tasch)

„
Es könnte passieren, dass Forschungsorganisationen wie die Fraunhofer-Gesellschaft Österreich überrollen werden.
 “

griff Strukturkapital bloß einige Kennziffern angeführt, die sich auf Immobilien beziehen, was eine Fehlinterpretation ist. Also man merkt, dass man das an den Unis nicht gerade

Mehr Wissen über unser Wissen

Ein transdisziplinäres Projekt erarbeitete Ideen für eine nationale Wissensbilanz

Die österreichischen Universitäten legen sie mittlerweile auch, und zwar für das Wissenschaftsministerium. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften hat ebenfalls bereits eine erarbeitet. Und begonnen hat damit in Österreich vor einigen Jahren das Forschungszentrum Seibersdorf unter seinem damaligen Leiter Günter Koch: mit dem regelmäßigen Erstellen einer

Wissensbilanz nämlich, dem „immateriellen“ Pendant zur herkömmlichen Geschäftsbilanz.

Intellektuelles Kapital

Eine Wissensbilanz stellt ganz auf die strategische Bedeutung von Wissen für die Wertschöpfung und die Zukunftsfähigkeit einer Organisation ab und dient zur gezielten Darstellung und Entwicklung des intellektuellen Kapitals einer Organisation – also etwa ihrer Patente oder ihrer Publikationen.

Was ursprünglich vor allem für Firmen und Forschungseinrichtungen entwickelt wurde, wurde in den vergangenen Jahren in einigen Ländern für die Beschreibung der nationalen Performanz in den Bereichen Forschung und Entwicklung adaptiert, wie etwa in Israel oder Australien. Im Projekt „Wissensbilanz Österreich“, das im Rahmen des Programms „TRAFO – Transdisziplinäres Forschen“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kunst durchgeführt wurde, ging man noch einmal neue Wege. Ausgangspunkt der aufwändigen Pilotstudie, das ge-

meinsam von Forschern des Instituts für Höhere Studien, der Universität Graz und von Knowledge Management Austria durchgeführt wurde, war die Überlegung, dass so eine nationale Wissensbilanz mehr beschreiben sollte als bloß den Zustand bzw. die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie anhand von bestimmten Indikatoren.

Wissen ist mehr

Denn erstens ist das Wissen eines Landes ja nicht nur auf diese beiden Bereiche beschränkt, und zweitens gibt es jede Menge an implizitem Wissen, das man eben gerade nicht mit den herkömmlichen Indikatoren benennen kann. Und drittens schließlich könnte man ja auch argumentieren, dass es dabei um das Gemeinwohl aller Bürger und damit um „höhere“ Ziele geht als bloß das intellektuelle Kapital des Landes.

Das klingt nicht nur hochkomplex, sondern ist es auch. Weshalb die Projektleiter insgesamt 35 Personen aus den verschiedenen Bereichen der österreichischen „Wissensgesellschaft“ – unter ihnen auch Günter Koch – einluden, nicht

nur ihr Wissen über Wissen miteinzubringen, sondern um mit ihnen gemeinsame Zielvorstellungen zu erarbeiten, denen eine künftige „Wissensbilanz Österreich“ genügen sollte.

Herausgekommen sind eine ganze Reihe von innovativen Vorschlägen und ein ziemlich umfassendes Modell, in dem sowohl auf individueller, organisatorischer und gesellschaftlicher Ebene Indikatoren, aber auch Zielvorstellungen einer solchen Wissensbilanz auf nationaler Ebene erarbeitet wurden, inklusive organisatorischer Maßnahmen zu ihrer Umsetzung.

Die vielleicht originellste Idee des Projekts: analog zur funktionierenden Sozialpartnerschaft soll in Österreich eine Wissenspartnerschaft eingerichtet werden, in der politische Vertreter der Wissensgesellschaft zusammenarbeiten, um eine umfassende Wissenspolitik zu entwickeln und die Umsetzung im Rahmen der Wissensbilanzierung konkret zu verfolgen. (tasch)

DER STANDARD **Webtipps:**
 www.agendawissen.net

NEWS

Fabrik der Zukunft

Insgesamt zwölf Projekte der Programmlinie „Fabrik der Zukunft“ des Infrastrukturministeriums wurden nun in einer Broschüre zusammengefasst. Beschrieben werden unter anderem die Grüne Bioraffinerie, ein Technologiekonzept zur Verwertung von überschüssiger Grünlandbiomasse, und Methoden, mit deren Hilfe Kunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen werden können. Die Broschüre ist online auf der Website der



Programmlinie abrufbar und kann auch in einer Printfassung bestellt werden: fuertst@bmvit.gv.at (red) Foto: dpa

Mentoring-Programme

Das bisher drittmittelfinanzierte Mentoring-Programm für Nachwuchswissenschaftlerinnen an der Universität Wien wird ab 2007 institutionalisiert. Die Initiative sei „einer unserer Schwerpunkte im Bereich der Frauen- und Nachwuchsförderung“, begründete Rektor Georg Winckler in einer Aussendung die Entscheidung. Von 2004 bis 2006 wurden bei der zweiten Auflage des 2001 gestarteten Programms 40 Mentees – Dissertantinnen, Postdoktorandinnen und Habilitandinnen – verschiedener Fächer und Fakultäten drei Semester lang von zehn Professorinnen und Professoren begleitet und gefördert. Heuer startet eine neue Schiene. Die Evaluierung des Programms brachte bisher ansprechende Ergebnisse: Rund 95 Prozent der mittels Fragebogen und Interviews befragten Mentees zogen eine, wie es heißt, „äußerst positive“ Bilanz. Künftig soll außerdem mit fünf Partnerinstitutionen ein transnationales Mentoring-Netzwerk (EUMENT-NET) aufgebaut werden. (APA, red)

DER STANDARD FORSCHUNG SPEZIAL

Redaktion: Bettina Stümeder (Ltg.)
 Peter Illitschko (Koordination),
 Klaus Taschwer

Diese Beilage entsteht mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Wissenschaftsfonds (FWF), der industriellen Kompetenzzentren und EC Austria. Die redaktionelle Verantwortung liegt beim STANDARD.
<http://ecaustria.at>